

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Haushalt, Finanzen u. Verwaltungsangelegenheiten** der Stadt Burgdorf am **28.09.2020** im Ratssaal des Schlosses, Spittaplatz 5, 31303 Burgdorf,

18.WP/A-HFV/041

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 19:06 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 19:05 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 19:17 Uhr

Anwesend: Vorsitzender

Hinz, Gerald

stellv. Vorsitzender

Dreeskornfeld, Thomas

Mitglied/Mitglieder

Braun, Hartmut
Braun, Jens
Kirstein, Lukas
Köneke, Klaus
Schulz, Kurt-Ulrich
Sieke, Oliver
Sund, Björn

Beratende/s Mitglied/er

Rainer, Joachim-Roland

Bürgermeister

Pollehn, Armin

Verwaltung

Gawert, Ulrike
Hammermeister, Lars
Raue, Nicole
Scharnhorst, Frank

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten am 01.09.2020
3. Mitteilungen des Bürgermeisters

- 3.1. Berichtswesen für die Hochbauprojekte per 2. Quartal 2020
Vorlage: M 2020 1348
4. Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft
Antrag gemäß Geschäftsordnung der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 27.02.2020
Vorlage: A 2020 1217
- 4.1. Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft
Antrag gemäß Geschäftsordnung der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 27.02.2020
Vorlage: A 2020 1217/1
5. Antrag der FDP-Fraktion im Rat: Verstärkung des Teams "Wirtschaftsförderung" in der Verwaltung ab 2021
Vorlage: A 2020 1317
6. Terminvergabe Bürgerbüro, Antrag gem. Geschäftsordnung der FDP-Fraktion vom 27.07.2020
Vorlage: A 2020 1343
7. Erneuerung der Straßenbeleuchtungsanlagen
Vorlage: BV 2020 1314
8. Anfragen laut Geschäftsordnung
9. Anregungen an die Verwaltung
Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Herr Hinz eröffnete um 17.00 Uhr die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er wies darauf hin, dass die auf der ursprünglichen Tagesordnung vorgesehenen Vorlagen M 2020/1344/1 sowie BV 2020 1350/1 abgesetzt werden müssten, da diese irrtümlich auf die Tagesordnung gelangt und bereits abgeschlossen sind.

Herr Köneke verwies darauf, dass s.E. der TOP 2 im vertraulichen Teil auch im öffentlichen Teil hätte behandelt werden können.

Frau Raue sagte zu, eine entsprechende Prüfung vorzunehmen und bat zugleich, die Beratung der Vorlage im nichtöffentlichen Teil zu belassen. Über das Protokoll wird ergänzt, dass innerorganisatorische Maßnahmen vom Öffentlichkeitsprinzip ausgeschlossen sind.

Mit diesen Änderungen wurde die Tagesordnung in der diesem Protokoll vorangestellten Form einstimmig genehmigt.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten am 01.09.2020

Das Protokoll über die Sitzung am 01.09.2020 wurde mit 1 Enthaltung genehmigt.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

**3.1. Berichtswesen für die Hochbauprojekte per 2. Quartal 2020
Vorlage: M 2020 1348**

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

**4. Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft
Antrag gemäß Geschäftsordnung der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 27.02.2020
Vorlage: A 2020 1217**

In der Anlage erhalten Sie den Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 27.02.2020 zur Kenntnis.

**4.1. Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft
Antrag gemäß Geschäftsordnung der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 27.02.2020
Vorlage: A 2020 1217/1**

Herr Sund erläuterte den von der SPD-Fraktion gestellten Antrag. Er wies dabei darauf hin, dass in Burgdorf u.a. auch zu wenig bezahlbarer Wohnraum für die Bevölkerungsgruppe mit mittlerem Einkommen vorhanden sei. Mit der Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft habe die Stadt auch Einfluss auf die weitere Stadtentwicklung.

Herr Köneke wies darauf hin, dass eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft nicht wirtschaftlich und zielführend sei, von daher spreche sich die CDU-Fraktion gegen eine Gründung aus.

Herr Pollehn wies darauf hin, dass die Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft keine Pflichtaufgabe einer Verwaltung sei, die Argumente des Antrags der SPD jedoch stichhaltig und nachvollziehbar seien. Er schlug vor, Gespräche mit den in Burgdorf ansässigen Wohnungsbaugenossenschaften gemeinsam mit den Fraktionsvorsitzenden im Hinblick auf eine mögliche Kooperation mit der Stadt Burgdorf zu führen. Darüber hinaus könnte die Verwaltung eine Modellrechnung für die Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft vornehmen. Eine Prüfung sollte ergebnisoffen vorgenommen werden.

Nach weiterer Diskussion fasste der Ausschuss mit 7 Ja- und 2 Neinstimmen folgenden empfehlenden **Beschluss**:

Der Bürgermeister wird beauftragt, als ersten Schritt einen Zeitplan für die Prüfung zur Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft zu erarbeiten sowie die Fraktionsvorsitzenden zu gemeinsamen Abstimmungsterminen einzuladen. Die Vor- und Nachteile einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft sind darzustellen.

**5. Antrag der FDP-Fraktion im Rat: Verstärkung des Teams "Wirtschaftsförderung" in der Verwaltung ab 2021
Vorlage: A 2020 1317**

Herr Dreeskornfeld erläuterte kurz den Antrag.

Herr Pollehn wies darauf hin, dass der Antrag bereits im letzten Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr behandelt und die Verwaltung aufgefordert wurde Vorschläge zu unterbreiten, wie der Antrag umgesetzt werden könne.

Herr Sund wies darauf hin, dass sich die Einrichtung einer zusätzlichen Stelle lohnen müsse. Die Mittel müssten dann an anderer Stelle aber eingespart werden. Ihm fehle ein entsprechendes Konzept dahinter. Einen Mehrwert könne er nicht erkennen.

Auch **Herr Schulz** erklärte, dass diese Aufgabe für ihn z.Zt. nicht höchste Priorität habe. Er sehe eher einen Engpass in der Planungsabteilung. Von daher komme dieser Antrag zu früh.

Herr Pollehn wies darauf hin, dass eine Prüfung der Umsetzbarkeit in der Verwaltung entsprechende Ressourcen binde. Um hier entsprechende Vorarbeit zu leisten, müsse von der Politik schon gesagt werden, welche Ziele mit einer Prüfung erreicht werden sollen.

Nach weiter Diskussion bat **Herr Dreeskornfeld** um eine kurze Sitzungunterbrechung (18.20 Uhr bis 18.27 Uhr).

Anschließend erklärte **Herr Dreeskornfeld**, dass der Antrag vertagt werden sollte, bis die Verwaltung entsprechende Vorschläge erarbeitet habe. Außerdem sollte die Angelegenheit noch einmal in der AG Haushaltssicherung thematisiert werden.

6. Terminvergabe Bürgerbüro, Antrag gem. Geschäftsordnung der FDP-Fraktion vom 27.07.2020
Vorlage: A 2020 1343

Herr Dreeskornfeld erläuterte kurz den gestellten Antrag.

Herr Scharnhorst (Abteilungsleiter Bürgerbüro) erklärte, dass die Verwaltung an einer schnelleren Abfolge arbeite. Die bei Einrichtung der Terminvergabe vorgenommene Zeittaktung sei bereits angepasst worden. Außerdem sei jetzt ein Schnellschalter für die Abholung von Personalausweisen, Beantragung von Führungszeugnissen etc. eingerichtet worden.

Herr Pollehn wies darauf hin, dass das System erst einmal entsprechend aufgebaut werden müsse. Im neuen Jahr werde die Politik dann über die daraus gewonnenen Erkenntnisse informiert. Ab Oktober werde auch das Bürgerserviceportal eingerichtet, so dass viele Dienstleistungen auch online beantragt werden können. Die weitere Entwicklung hierzu sollte erst einmal abgewartet werden.

Nach weiterer Diskussion beantragte **Herr Dreeskornfeld**, den Antrag zu vertagen und in der nächsten Sitzung des Ausschusses durch die Verwaltung entsprechend ausgewertete Datenanalysen vorzustellen.

7. Erneuerung der Straßenbeleuchtungsanlagen
Vorlage: BV 2020 1314

Herr H. Braun erkundigte sich, ob für die Berechnung normaler oder grüner Strom zugrunde gelegt werde.

Herr Köneke bat darum, bei der Beratung im Verwaltungsausschuss die Information zu geben, ob die 20%-Reduzierung von CO² auch tatsächlich sichergestellt sei.

Anschließend fasste der Ausschuss einstimmig folgenden empfehlenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, Fördermittel für die Erneuerung der

Straßenbeleuchtungsanlagen beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zu beantragen.

Die Mittelanmeldung für das Haushaltsjahr 2021 in Höhe von 500.000 € erfolgt über die Haushaltsplanung 2021/2022.

8. Anfragen laut Geschäftsordnung

K e i n e

9. Anregungen an die Verwaltung

- 1. Herr H. Braun** erkundigte sich, für welche Bereiche und in welcher Zeitschiene eine Ausgliederung von Verwaltungsaufgaben vorgesehen sei.

Hierzu erklärte **Herr Pollehn**, dass die Verwaltung noch in der Prüfungsphase sei. Es haben interne Workshops und Besprechungen stattgefunden, außerdem sei der Personalrat im großen Dienststellenengespräch darüber informiert worden. Jetzt habe ein Mitarbeiter des Bauhofes den Bürgermeister sowie die Politik angeschrieben, weil das Gerücht umgehe, dass eine Privatisierung einzelner Bereiche vorgenommen werden solle. Von daher werden jetzt auch Gespräche mit den entsprechenden Mitarbeitern stattfinden, um hierbei darauf hinzuweisen, dass keine Arbeitsplätze gefährdet seien.

- 2. Herr Sieke** wies darauf hin, dass für Dienstag Warnstreiks im öffentlichen Dienst angekündigt seien und bat die Verwaltung um Mitteilung, welche Notfallpläne es hierfür gebe.

Herr Pollehn sowie Frau Raue erklärten hierzu, dass es sich hierbei um eine Angelegenheit der Gewerkschaft handele. Die Verwaltung erfahre auch erst sehr kurzfristig am Dienstag, welche KiTa's öffnen werden. Von daher seien die Eltern gebeten worden, sich evtl. kurzfristig um eine private Betreuung zu kümmern.

Einwohnerfragestunde

Es waren keine Einwohner anwesend.

Geschlossen:

Stadträtin

Ausschussvorsitzender

Protokollführerin